

G20 beschließt Marshall-Plan für Afrika? Nicht wirklich.

Auf dem G20-Gipfel ist viel gesprochen worden – Probleme wurden allerdings nicht gelöst. Besonders deutlich wird das in Bezug auf Afrika. Eine »G20-Afrika-Partnerschaft« wurde verkündet, doch »Afrika« saß – bzw. Vertreterinnen und Vertreter afrikanischer Staaten saßen – nicht mit am Tisch. So ist auch das Ergebnis. Statt die Ausplünderung des afrikanischen Kontinents zu beenden, sollen Investitionen der westlichen Konzerne erleichtert werden. Was der Bundesminister für Entwicklungszusammenarbeit »Marshall-Plan« nennt, ist tatsächlich ein Markt-Öffnungsprogramm. Statt eine Wirtschaft aufzubauen, in der (auch) die Menschen vor Ort eine sichere Zukunftsperspektive aufbauen können, geht es darum, transnationalen Konzernen den Zugang zu Ressourcen und Kunden zu ermöglichen. Die Infrastruktur der afrikanischen Staaten soll als Anlagensphäre für Finanzinvestoren aus Europa erhalten. Die zahlreichen Schutzzölle der EU gegen Produkte aus Afrika hingegen waren kein Thema.

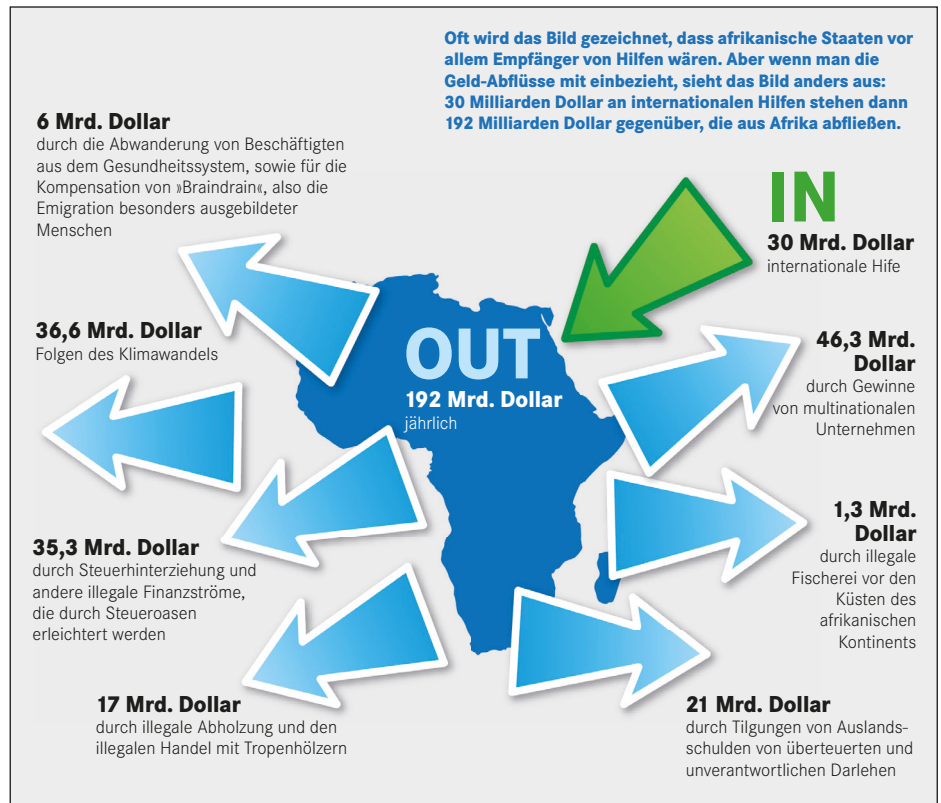
Kapitalismus tötet: Für viele Staaten Afrikas ist die Versorgung der Bevölkerung mit Impfstoffen unerschwinglich, weil US-amerikanische und europäische Konzerne die Patente halten. Nicht die Herstellung der Impfstoffe, sondern die Patentgebühren sind teuer. Dass dieses »geistige Eigentum« freigegeben werden könnte, davon war nicht mal die Rede auf dem Gipfel. Zum Problem des Hungers hatten die Staatenlenker ebenfalls nichts beizutragen – außer einem Bekenntnis zur Beteiligung an humanitärer Hilfe.

LINKE Forderungen für globale Gerechtigkeit

DIE LINKE will die Freihandelsabkommen der EU mit afrikanischen Staaten kündigen. Sie müssen durch tatsächlich partnerschaftliche Vereinbarungen ersetzt werden. Tragfähige lokale und regionale Produktionsketten müssen aufgebaut werden, in denen die afrikanischen Ökonomien ihre Rohstoffe selbst weiterverarbeiten können.

Exportflut nach Afrika stoppen!

Die lokalen Märkte in vielen Staaten Afrikas werden mit billigen, subventionierten



Agrarprodukten aus der EU überschwemmt. Bauern und Fleischproduzenten vor Ort werden ihrer Existenzgrundlage beraubt. Das ist alles andere als partnerschaftlich und nachhaltig.

Landraub und Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten! Mehr und mehr landwirtschaftliche Produktionsfläche in Afrika ist im Besitz westlicher Agrarkonzerne. Sie produzieren dort nicht für den afrikanischen Markt, sondern für den billigen Import in die EU und die USA. Andere Flächen liegen brach, weil sie reine Spekulationsobjekte sind. Unternehmen aus der EU sollen sich an solchen Praktiken nicht mehr beteiligen.

Ein UN-Fonds für die Kompensation der Folgen von Klimawandel und Kolonialismus. Viele afrikanische Länder leiden noch heute unter den Folgen der Kolonialherrschaft. Zugleich nehmen Dürre und Versteppung in Folge des von den Industrienationen verursachten Klimawandels immer mehr zu. Wir wollen einen Kompensationsfonds der Vereinten Nationen, in den die Bundesrepublik bis 2020 sieben Milliarden Euro einzahlen soll.

Verbindliche Regeln für multinationale Konzerne. Wir wollen ein Regelwerk der Vereinten Nationen, mit dem ein weltweites Unternehmensstrafrecht eingeführt wird. Opfer von menschenrechtswidrigen Unternehmenspraktiken sollen auch an deren Hauptstandort klagen können.

Die deutschen **Gelder für Entwicklungszusammenarbeit** müssen endlich auf die international zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden. Entwicklungszusammenarbeit muss auf die Interessen und Bedürfnisse der unterstützten Länder ausgerichtet sein und sich am Gedanken von Gerechtigkeit, Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung orientieren.

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

DIE LINKE.